

Wilsdruffer Tageblatt

Früher: Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Fernruf Wilsdruff 6 / Postcheck Dresden 2640



Original ist auf weiteres nur Montags, Mittwochs u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Preisgeld bei Geschäftsbesorgung, die die Nr. 24, 12-30, 17, 500 Wilsdruff, durch unsere Anstalt zu tragen in der Stadt 500 Wilsdruff auf dem Lande 500 Wilsdruff, durch die Post unentgeltlich. Alle Postgebühren und Postkosten sowie andere Gebühren und Gebühren für den Inhalt der Zeitungen entfallen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse hat der Besteller keinen Anspruch auf Umlieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 6 gebaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 3 gebaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3 gebaltene Zeile in der letzten Seite der Zeitung 50 Goldpfennig. Nachweilungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorschriftliche Erklärungen u. Nachverstehen werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis zum 10. Uhr. Für die Nichterfüllung der durch Fernruf übernommenen Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen

des Amtsgerichts u. Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rosen.

Nr. 152 — 1923 — 82. Jahrgang.

Freitag / Sonnabend 28. / 29. Dezember

Neue Wirtschaftsgefahr?

Sieben wir nicht schon wieder am Anfang einer neuen Preissteigerung, sollte nicht schon wieder eine neue Steuerungsweile heran?

Man hat viel Unfug mit dem Begriff der „Steuerung“ getrieben; was wir durchlebt haben, war weit davon entfernt, eine „echte“ Steuerung zu sein, war vielmehr die Folge davon, daß unsere Papiermark ständig an Kaufkraft verlor. Die Produktionskosten stiegen also nicht, sondern unser Geld wurde weniger wert; vielleicht haben wir überhaupt billiger — nach Goldmark berechnet — als früher produziert, weil der Lohnanteil an den Produktionskosten erheblich hinter den Löhnen zurückstand, die in den Ländern mit normaler Valuta gezahlt wurden.

Die Einführung der Goldmarkrechnung in Deutschland schuf aber erst die Möglichkeit klarer Kalkulation, brachte aber gleichzeitig auch die Feststellung, daß wir in die bisherige Kalkulation eine Menge von „Risikoprämien“ hatten einführen müssen, die nur mit Hilfe der wertbeständigen Währung ausgeschaltet werden konnten. Diese Unsicherheiten in der Kalkulation hatten uns aber um ganz große Teile des Auslandsabfahrs gebracht, hatten dazu geführt, daß die einfacher und einwandfreier kalkulierende ausländische Industrie zu billigeren Preisen liefern konnte. Das Stocken unserer Ausfuhr ebenso wie das künliche Sinken der deutschen Kaufkraft hat wieder große Teile unserer Industrie lahmgelegt und uns die alle wirtschaftliche Wahrheit vor Augen geführt, daß nur eine vollbeschäftigte Industrie wirklich billig arbeitet, ihre Produktion rentabel ist. Jede Betriebsstilllegung schadet dem Gesamtergebnis der Wirtschaft, verteuert die Produktion, weil die vorhandenen Produktionsfaktoren, also Maschinen und Arbeiter, feiert, nicht voll ausgenutzt werden.

Kein Zweifel, wir sind in eine wirtschaftliche Krise eingetreten, aber jede unproduktive Ausgabe ausschalten. Die verschiedenen Risikoprämien sind ausgeschaltet, und schon dies hat ein leichtes Steigen des Beschäftigungsgrades in unserer Wirtschaft hervorgerufen. Weil die Preise sanken, Hand in Hand damit ging aber auch der Abbau anderer unproduktiver Ausgaben, aber an andere kam die Wirtschaft nicht heran. Das sind staatliche Verpflichtungen, deren Kosten naturgemäß von den produktiven Ständen aufgebracht werden müssen in der Form von Steuern und Abgaben. Solange die Welt nicht und Steuern entrichtet werden müssen, hat jeder versucht, sie auf „die andere“ abzuwälzen, und darum wirkt jede Steuer preissteigernd. Deswegen sind die Kosten des staatlichen Apparates von enormer Wichtigkeit für die Wirtschaft, ist ihre Reduzierung eine Lebensfrage für die Produktion. Sind nun die staatlichen Verpflichtungen sehr hohe, so werden die Preise eines solchen Landes, in dem sie bedeutend höhere sein als dort, wo solche Lasten nicht der Wirtschaft auferlegt sind. Auf uns liegen aber solche untragbare schweren Lasten, weniger die des staatlichen Apparates selbst — obwohl durch dessen Abbau auch noch manches erspart werden könnte — als jene, die uns der Versailler Vertrag „besichert“. Das sind restlos unproduktive Ausgaben, die vom Einkommen niemals allein abgedeckt werden können. Am deutlichsten zeigt sich das daran, daß unsere Ausfuhr nach England hoch, weil der deutsche Produzent nicht die 25prozentige Einfuhrabgabe nach England tragen kann. Denn die Preise der deutschen Ware werden bei ihrer Einfuhr viel zu hoch. Ebenso wird es nun ganz allgemein jetzt geschehen, wenn die Steuern und Abgaben, die uns die Steuererhöhungen der letzten Tage besicherten, auf die Preise — wenn auch nur zum Teil — aufgeschlagen werden, damit der Versuch einer steuerlichen Weiterwälzung gemacht wird. Natürlich werden die geringe inländische Kaufkraft und die Weltmarktpreise die Absicht einer vollen Überwälzung verhindern, werden den Unternehmergewinn zum Mittragen zwingen, aber doch nur zum geringen Teil. Noch läßt es sich nicht übersehen, ob diese neuen Lasten überhaupt wirtschaftlich tragbar sind, d. h. durch den Ertrag der Wirtschaft herausgebracht werden können. Ob nicht zu ihrer Bezahlung Einnahmen in das Vermögen, also Hingabe von Betriebskapital und Einschränkung des Betriebes notwendig sind. Beides bedeutet natürlich wieder Preissteigerung. Weil die Produktionskosten steigen, ist das aber eine „echte“ Steuerung. Die Weltmarktpreise sind 60 bis 70 % über den Friedensstand emporgeklommen. Die wichtigsten Erzeugnisse sogar 150 %; aber wir fürchten, daß infolge der furchtbaren Belastung Deutschlands unsere Preise noch weit höher sein werden; was aber schließlich zum Zusammenbruch unserer Wirtschaft führen muß.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Eine neue Zusammenkunft Poincarés mit dem deutschen Geschäftsträger fand am Heiligen Abend statt.

* Die Ermächtigung, bei Geschäften über die Lieferung von Waren und über die Bewirkung von Leistungen, ausländische Zahlungsmittel in Zahlung zu geben und zu nehmen, ist bis zum 15. Februar 1924 verlängert worden.

* Die Berliner Börsen für Geld und Produkten blieben am Heiligen Abend geschlossen. Devisen wurden nicht notiert.

* Eine Weihnachtskundgebung der Deutschen Nationalen Volkspartei forderte alle ihre Freunde und Anhänger im Lande auf, sich der fangenden und ausgiebigen Opfer des Kampfes am Rhein und Ruhr anzuschließen.

Des Kanzlers Weihnachtsgruß.

Dr. Marx an das deutsche Volk.

Berlin, 26. Dez. Der Reichskanzler Dr. Marx richtet durch Radiospruch einen Weihnachtsgruß an das deutsche Volk, indem er zunächst dem Auslande seinen Dank dafür ausspricht, daß es mit der Not des darbenenden deutschen Volkes Verständnis und Mitleid empfinde und nach Kräften zur Verringerung der Not in Deutschland beiträgt. Er gedenkt weiter der deutschen Landsleute, die heute noch in Gefängnissen schmachten, weil sie ihr Vaterland nicht verraten wollten, der Beamten und Bürger, die aus ihren Wohnsitzen vertrieben wurden, sowie der Not des deutschen Mittelstandes, der Beamten, Arbeiter und der vielen Erwerbslosen und Kurzarbeiter im unbefestigten Deutschland und besetzten Gebiet. Beamtenabbau und Erschließung neuer Steuerquellen seien die wenig erfreulichen Gaben, die die deutsche Regierung dem Volke auf den Weihnachtstisch lege. Sie seien aber notwendig geworden, wenn der Staat gerettet werden soll. Zu den inneren Maßnahmen aber müsse eine Gesundung der deutschen Verhältnisse von außen her treten. Das deutsche Volk wolle Reparationen leisten nach Maßgabe seiner Kräfte. So lange aber die wirtschaftliche Arbeit unter dem Druck von Bajonetten stehe, so lange könne sie nicht erfolgreich und verdienstbringend gestaltet werden. Seinen Weihnachtsgruß schließt der Kanzler mit folgenden Worten: Wir haben erneut unseren Willen zu ehrlischer opfervoller Verständigung bekundet. Mit uns richten sich die Augen ganz Europas, der ganzen Welt, dorthin, wo es sich erweisen muß, ob auch auf der Gegenseite der aufrichtige Wille zur Heilung der durch den Krieg und seine Folgeerscheinungen geschlagenen Wunden lebendig ist. Wir sind ein besiegtes Volk, aber ein großes Volk, das leben will, weil es ein Recht auf Leben, Arbeit und Wohlstand hat! Wir erwarten von der Gegenseite das offene ehrliche Wort der Bereitwilligkeit zur Verständigung. Wir erwarten aber vor allen endlich eine Tat der Verständigung. Es geht nicht nur um Deutschlands Not und Schicksal, es geht um den Frieden, um die Ruhe ganz Europas. Wir Deutsche wollen die Zähne zusammenbeißen und uns sagen, daß nur der verloren ist, der sich selbst verloren gibt. Wir wollen und müssen den Mut zum Leben behalten. Wir müssen, ob arm oder reich, zur Tat werden lassen das Wort: Arbeiten und nicht verzweifeln!

Amtliche deutsche Meldung über die Weihnachtsdemonstration in Paris u. Brüssel.

Berlin, 26. Dez. Die deutschen Geschäftsträger in Paris und Brüssel haben bei ihrer neuen Weihnachtsdemonstration in Paris und Brüssel vom 24. Dezember die Vorschläge der Reichsregierung für die Herstellung eines Modus vivendi in den besetzten Gebieten näher präzisiert. Wie bereits von Agencio Heras und Agencio Delaive gemeldet wurde, handelt es sich dabei um die Frage des Wirtschaftsverkehrs des besetzten Gebietes mit dem unbefestigten Deutschland und mit dem Auslande, um Geld- und Währungsfragen, insbesondere die Errichtung einer rheinisch-westfälischen Notenbank, um Fragen der Abreisefahrt und des Eisenbahndverkehrs, sowie um Fragen der allgemeinen Verwaltung und Gesetzgebung. Die

Amerikanisches Urteil zur Ruhrfrage.

Deutschland muß Vertrauen gewinnen.

Der ehemalige Beobachter der Vereinigten Staaten in der Reparationskommission Boyden hielt auf dem Jahresbankett der Gesellschaft New-England eine lange Rede, in der er die Befehung des Ruhrgebietes und die ganze französische Politik in der Reparationsfrage scharf verurteilt. Die Befehung des Ruhrgebietes, erklärte er, werde die Zahlungsfähigkeit Deutschlands herabsetzen und die Wiederherstellung eines dauerhaften Friedens gefährden. Wenn diese Befehung eine dauernde bleibe, werde Amerika eine Niederlage zu den politischen Methoden erleben, die es für aufgegeben gehalten habe. Er habe die Befehung des Ruhrgebietes niemals für nötig oder auch nur für nützlich angesehen. Er halte sie auch jetzt noch für eine Gefährdung des Friedens; aber ganz abgesehen von Erfolg oder Mißerfolg bedauere er sie, weil er sie für einen Vertragsbruch ansehe, nicht nur im technischen Sinne, sondern auch im Sinne des Geistes des Friedensvertrages. Eine Herabsetzung des Vertrages der deutschen Reparationszahlungen sei der erste zum Wiederaufbau Europas notwendige Schritt. In seiner Kritik der Ruhrbefehung und der französischen Reparationspolitik erklärte Boyden, die Erzwingung unmöglicher Forderungen durch militärischen Druck mache es für Deutschland unmöglich, zu zahlen, was es im anderen Falle hätte zahlen können.

beiden Geschäftsträger haben im Anschluß an die Befehung die Aufzeichnung über diese Fragen überreicht. Der französische Ministerpräsident und ebenso der belgische Außenminister haben versprochen, die Aufzeichnung zu beantworten, nachdem eine Verständigung zwischen Paris und Brüssel und, soweit auch andere Mächte beteiligt seien, auch mit diesen erzielt sei.

Die Reichsindexziffer am 22. Dezember.

Berlin, 22. Dez. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten beläuft sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes für den 22. Dezember auf das 1150milliardensache der Vorkriegszeit. Gegenüber dem 17. Dezember ist demnach eine Abnahme von 1,1 v. H. zu verzeichnen.

Stressemann Pariser Gesandter?

Paris, 26. Dez. Wie der Berliner Korrespondent des „Eclair“ berichtet, soll Stressemann die Absicht haben, sich als deutscher Gesandter nach Paris zu begeben.

Freigabe der Ruhreisebahnen.

Paris, 26. Dez. In Paris ist man, wie heute früh das „Eclair“ ausdrücklich betont, der Ansicht, daß die deutsche Regierung zumal mit ihrem letzten Schritte die Absicht hatte, die rheinländischen Sonderländer durch die Eröffnung direkter Verhandlungen zwischen Berlin und Paris ohne ihre Heranziehung zu entmündigen. Der diplomatische Mitarbeiter der „Chicago Tribune“ glaubt zu wissen, daß, wenn die französisch-deutschen Befehungen einen günstigen Fortgang nehmen werden, Poincaré bereit ist, Deutschland die Eisenbahnen der Ruhr und des Rheinlandes wieder voll zur Verfügung zu stellen. Frankreich behält sich indessen die formelle Kontrolle über das Transportsystem vor. Weiter beabsichtigt der französische Ministerpräsident, eine wesentliche Erleichterung des an der Grenze zwischen besetztem und unbefestigtem Gebiet errichteten Zollsystems herbeizuführen.

Die Vertreter zu den beiden Sachverständigenausschüssen offiziell ernannt.

Paris, 27. Dez. Die Nepo hat gestern nachmittag die Mitglieder der beiden Sachverständigenausschüsse offiziell ernannt. Der erste Ausschuss, dem die Prüfung des deutschen Staatshaushaltes und die Sühnung der Mark obliegt, ist wie folgt zusammengesetzt: England: Sir Robert Anderson, Direktor der Bank von England, Sir Ciamp, Sekretär der Nobelwerke, Frankreich: der Verwalter der französischen Hypothekenbank Parmentier, Air, Professor an der Pariser juristischen Fakultät, Italien: Dr. Perrelli, Industrieller, der Professor an der Universität von Bologna Flora, Belgien: Donta, Bankier und Abgeordneter, Estracqui, Staatsminister und Vizegouverneur. Der zweite Ausschuss, der mit der Aufführung der deutschen Auslandsguthaben beauftragt ist, enthält folgende Mitglieder: Vereinigte Staaten: Heinrich Robinson, England: der frühere Reichsbankkanzler Mac Kenna, Frankreich: Altballin, Direktor der Bank de Paris, Italien: Dr. Alberti, 2. Generaldirektor des Kreditto Italiano, Belgien: Janssen, Direktor der belgischen Nationalbank. Der erste Ausschuss wird sich am 14. Januar versammeln, der zweite Ausschuss am 21. Januar.

nen. Der Friedensvertrag müsse die Reparationslast nicht der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands an. Man werde niemals eine einmütige Anstregung der deutschen Nation zur Reparationszahlung herbeiführen können, wenn Deutschland nicht auf deren Erfolg vertrauen könne, und dieses Vertrauen müsse auch von der Finanzwelt außerhalb Deutschlands erteilt werden.

Hoersch bei Poincaré.

Berlin, 26. Dezember

Der französische Ministerpräsident hat den deutschen Geschäftsträger, Vizekonsul v. Hoersch, empfangen. Die Unterredung dauerte fast eine Stunde. Vizekonsul v. Hoersch übermittelte eine Reihe von Anregungen, die den Zweck haben sollen, zu einem Abkommen im Rheinland und im Ruhrgebiet zu gelangen. Poincaré hat mit dem deutschen Geschäftsträger die einzelnen Fragen durchgesprochen und erklärt, er werde sich mit der belgischen Regierung und auch mit den in Betracht kommenden Organen, d. h. mit der Rheinlandsstammmission und den Befehungsbehörden in Verbindung setzen. Nach dem notwendigen Meinungsaustausch werde er dem deutschen Geschäftsträger seine Antwort zusammen lassen. Die Unterredung verlief in totem Töne. Vizekonsul v. Hoersch hat eine Niederlage zurückgelassen, in der die Fragen erörtert werden, aber die er mit dem französischen Ministerpräsidenten verhandelte. Fast zu gleicher Zeit hat der deutsche Geschäftsträger in Brüssel eine ähnliche Demarche beim belgischen Minister des Äußern, Jadpar, unternommen.